

Sprüche des Tages

«Daniel, du geplagtes Kind.»

Ratspräsidentin **Hildegard Meier-Schöpfer** (FDP, Willisau) nach der Feststellung, dass **Daniel Piazza** (CVP, Malters) wegen technischer Probleme den Platz wechseln musste und dann einen Vorstoss vermisste.

«Ich bin umringt von Linken, bin der rechte Aussenposten der Bürgerlichen.»

So eröffnete **Gaudenz Zemp** (FDP, St. Niklausen) sein Votum zu einem Vorstoss der Linken, der einen Mindestlohn forderte. Zemp konnte der linken Idee wie die bürgerliche Mehrheit nichts abgewinnen.

«Ich will doch auch noch etwas sagen, rede dafür schneller.»

Sara Agner (SP, Dagmersellen) wollte trotz Aufforderung von Ratspräsidentin **Hildegard Meier-Schöpfer** (FDP, Willisau), sich angesichts der 16 bevorstehenden Verabschiedungen kurzzufassen, reden.

Prämienabzug bei Steuern fällt durch

Krankenasse Der Mittelstand im Kanton Luzern werde durch die Krankenkassenprämien «enorm belastet», und auch Besserverdiener mit Familie seien von der Prämienexplosion «hart betroffen». Deshalb ist für SVP-Kantonsrat **Robi Arnold** aus Mehlsecken klar: «Die obligatorischen Krankenkassenprämien müssen voll von der Einkommenssteuer abgezogen werden können.» Gestern Morgen nun wurde Arnolds im Sommer 2018 eingereichte Motion vom Kantonsrat behandelt. Der Vorstoss wurde im letzten Jahr von 15 der 29 SVP-Kantonsräten mitunterzeichnet.

Die Debatte zeigte schnell: Arnold stand mit seiner Forderung auf verlorenem Posten. Selbst Fraktionskollegen wie Marcel Zimmermann aus Horw sprachen sich gegen die Motion aus. Zimmermann plädierte aber wie Arnold selber für eine teilweise Erheblichkeitsklärung als Postulat. Doch auch davon wollte die Mehrheit des Parlaments nichts wissen: Es sprach sich mit 85 zu 18 Stimmen der SVP dagegen aus.

Hohe Steuerausfälle – Entlastung für Reiche

Wäre Arnolds Vorstoss überwiesen worden, hätte das dem Kanton und den Gemeinden Steuerausfälle von 118 Millionen Franken beschert. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann argumentierte wie sieben Vorredner aus allen Parteien, mit der Überweisung des Vorstosses würden die falschen Personen entlastet: solche mit hohen Einkommen.

Gegen Arnolds Vorstoss wandten sich neben einem Drittel der SVP-Fraktion auch CVP, FDP, SP, Grüne und GLP. Für alle Redner war klar: Robi Arnolds Ziel, den Mittelstand zu entlasten, würde mit dem Abzug der Krankenkassenprämien von den Steuern nicht erreicht. (nus)

Patienten sollen Risiken kennen

Gesundheitswesen Ob Operationsrisiken oder Nebenwirkungen: Solche Spitaldaten sollen laut dem Luzerner Kantonsrat künftig öffentlich einsehbar sein. Allerdings muss zuerst der Bund eine Lösung erarbeiten.

Alexander von Däniken
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Mit der Liste von zwölf ambulanten Eingriffen war der Kanton Luzern schweizweit ein Vorreiter. Demnach sollen bestimmte Eingriffe von den Spitälern wenn möglich nicht mehr stationär vorgenommen werden. Am Dienstag schlug FDP-Kantonsrätin **Angela Pfäffli** (Grosswangen) in einem Postulat eine ähnliche Liste vor: Daten von bestimmten Eingriffen sollen künftig öffentlich einsehbar sein.

Pfäffli schlug dafür Operationen der Halsschlagader vor, Prostataoperationen oder Eingriffe am Herz. Je nach Behandlung sollen Patienten erfahren, wie hoch das Risiko zum Beispiel bei Prostataoperationen für Impotenz oder Inkontinenz ist. Der Regierungsrat beantragte die teilweise Erheblichkeitsklärung des Postulats. Zwar gebe es betreffend Ergebnisqualität noch Nachholbedarf. Aber es sei besser, auf Vorgaben des Bundes zu warten, wo bereits Vorstösse zu diesem Thema hängig sind.

Klare Ablehnung nur von SVP und GLP

Entschieden gegen Pfäfflis Postulat sprach sich die GLP aus; deren Fraktionschefin **Michèle Graber** (Udligenswil) einen Ablehnungsantrag stellte. Das Anliegen sei Bürokratie pur, hinterlasse viele offene Fragen, greife einer nationalen Lösung vor und verursache hohe Kosten.

Dieser Meinung war auch die SVP-Fraktion. Räte **Caménisch** (Kriens) sprach von einem riesigen Aufwand, vor allem für die Angestellten im Gesundheitswesen. Dem widersprachen Pfäffli und ihr Fraktionskollege **Jim Wolanin** (Neuenkirch): Die Daten seien bereits grösstenteils vorhanden und müssten nur noch entsprechend aufbereitet werden. Pfäffli bat das Parlament um den Mut, das Thema anzugehen und eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Allerdings sprachen sich sowohl CVP wie auch SP und Grüne für eine teilweise Erheblichkeitsklärung aus, wie es die Regierung beantragte. Die Kernaussagen glichen sich: Ein Alleingang mache keinen Sinn. Dem schloss sich in seinem Votum auch Gesundheitsdirektor **Guido Graf** (CVP) an. Und schliesslich eine Mehrheit des Parlaments: Mit 94 zu 13 Stimmen wurde das Postulat für teilweise erheblich erklärt und mit 75 zu 36 Stimmen überwiesen.

Auch bei Preisetikette kein Alleingang

In eine ähnliche Richtung zielte auch Pfäfflis zweites Postulat. Darin forderte sie den Regierungsrat auf, Möglichkeiten zu prüfen, wie und in welcher Form der Preis der häufigsten medizinisch-technischen Untersuchungen und Eingriffe veröffentlicht werden soll. Patienten sollen mit der Preisetikette besser abschätzen können, ob es gewisse Untersuchungen wirklich braucht.

Dieses Mal stellte nicht die GLP einen Ablehnungsantrag, sondern SP-Kantonsrätin **Marianne Wimmer-Lötscher** (Ebikon). Sie meinte: «Auf nationa-



Operation in der Klinik St. Anna beim Bahnhof Luzern.

Bild: Philipp Schmidli, 18. Dezember 2018

Klares Ja zu Spitalkooperation

Luzern/Nidwalden Für SP-Kantonsrätin **Marianne Wimmer-Lötscher** aus Ebikon, für ihre Partei und auch für die Grünen ist klar: Die Fusion des Luzerner Kantonsspitals mit dem Kantonsspital Nidwalden ist zu sistieren. Zuerst brauche es einen Versorgungsbericht für die Spitalregion Zentralschweiz, insbesondere für Luzern, Nid- und Obwalden. Erst dann sei ein Verbund mit Nid- und Obwalden zu prüfen. Für ein Ja zum Postulat stimmte auch SVP-Kantonsrat **Beat Meister** aus Hochdorf. Genützt hat's wenig: Das Parlament lehnte den Vorstoss **Wimmer-Lötschers** mit 85 zu 24 Stimmen ab.

Die Gegner des Vorstosses argumentierten, ein Planungsstopp sei falsch. Das Luzerner Kantonsspital brauche Möglichkeiten, um sich entwickeln zu können, sagte etwa GLP-Fraktionschefin **Michèle Graber** aus Udligenswil. Ins gleiche Horn stiessen **Marlis Roos Willi** (CVP, Menznau), **Armin Hartmann** (SVP, Schlierbach) und auch **Herbert Widmer** (FDP, Luzern). **Widmer** fügte allerdings an, die Antwort der Regierung befriedige ihn nicht vollumfänglich. Die von der Exekutive geplante Rechtsform des Kantonsspitals als Holding sei

umstritten, er hätte dazu in der Vorstossantwort die Ankündigung einer Botschaft erwartet.

Guido Graf muss sich gegen Vorwürfe von Ärzten wehren

Beat Meister ist wie **Herbert Widmer** Arzt. Er nahm dessen Votum auf und sprach von einer «Zumutung für den Kantonsrat». Das Parlament werde vor vollendete Tatsachen gestellt mit der

«Zwei Unispitäler in der Schweiz würden genügen.»



Guido Graf
Luzerner Gesundheitsdirektor

neuen Rechtsform als Holding. Das sei «undemokratisch», kritisierte **Meister**.

Gesundheitsdirektor **Guido Graf** wehrte sich gegen diese Vorwürfe. **Herbert Widmer** wisse genau, dass die Regierung eine Botschaft vorlegen werde. Und es sei völlig klar, dass der Kantonsrat über die künftige Rechtsform abstimmen könne, das Parlament verliere keinesfalls an Einflussmöglichkeiten.

Luzerner Kantonsspital schreibt schwarze Zahlen

Der CVP-Regierungsrat äusserte sich aber auch zu gesundheitspolitischen Fragen und sagte, künftig müssten nicht mehr alle Spitäler alle Behandlungen anbieten. Es gelte darum, Schwerpunkte zu setzen. Dem Luzerner Kantonsspital gelinge dies gut: Es sei das einzige Kantonsspital der Schweiz, das schwarze Zahlen schreibe. Wie seine Vorredner wies **Graf** darauf hin, dass sich das Spitalwesen und die Gesundheitsversorgung künftig stark verändern würden. Und er sprach etwas aus, das zwar vielen klar sei, die meisten aber nicht laut sagen würden: «Es gibt in der Schweiz fünf Universitätsspitäler, obwohl zwei genügen würden.» (nus)

Finanzierung wirft Fragen auf

Gesundheit Der Grundsatz «ambulant vor stationär» soll die Kosten im Gesundheitsbereich senken; ambulante Leistungen sind schliesslich günstiger als stationäre. Die SP befürchtet nun, dass durch die Verlagerung primär der Kanton profitiert, weil er 55 Prozent der stationären Kosten trägt, und gleichzeitig die Prämienzahler für die ambulanten Leistungen immer mehr zur Kasse gebeten werden.

Mit einer Anfrage wollte **Yvonne Zemp Baumgartner** (SP, Sursee) vom Regierungsrat wissen, wie er die einheitliche Finanzierung von ambulant und stationär unterstützt.

Kanton verlangt Nachbesserungen

Im Kantonsrat entbrannte eine Grundsatzdiskussion über steigende Gesundheitskosten und eine «gerechte» Finanzierung derselben. Gesundheitsdirektor **Guido Graf** (CVP) stellte klar, dass die Prämienzahler in der Regel auch Steuerzahler seien. Die Diskussionen um eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen fänden auf nationaler Ebene statt. Einen ersten Entwurf habe Luzern bereits kritisiert. (avd)

ler Ebene wird bereits darüber diskutiert, darum lehnen wir das Postulat ab.»

Angela Pfäffli konterte, dass den Patienten nicht klar sei, wie viel etwa eine Therapiestunde koste. Die Forderung auf Bundesebene würde wesentlich weiter gehen als ihr Postulat. Der Regierungsrat beantragte, den Vorstoss teilweise erheblich zu erklären.

Die Begründung ist dieselbe: Weil auch hier auf Bundesebene derzeit Diskussionen laufen. So sah es gestern auch die Ratsmehrheit: mit 91 zu 19 Stimmen wurde das Postulat teilweise erheblich erklärt.

Nicht nur die Patienten sollen sich über Gesundheitskosten besser informieren können, sondern auch der Kanton selbst. Das for-

derte **Hasan Candan** (SP, Luzern) mit einem Postulat. Konkret sollen Projekte wie der Autobahnzubringer **Spange Nord** auch die gesundheitlichen Folgen für die Anwohner berücksichtigen – etwa durch erhöhte Lärm- und Schadstoffemissionen.

Das Anliegen stiess bei Gesundheitsdirektor **Guido Graf** auf keine Gegenliebe. Es gebe

bereits zahlreiche Vorgaben für Bauprojekte; etwa betreffend Lärm. Eine spezifische Gesundheitskostenabschätzung sei «sehr anspruchsvoll». Dieser Meinung war auch die Ratsmehrheit; von bürgerlicher Seite wurde eine grosse Bürokratie befürchtet. Das Postulat wurde entsprechend mit 75 zu 28 Stimmen abgelehnt.